

Gefährdet die Lohnkostenentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland?	121
Der private Verbrauch im vierten Quartal 1991	125
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 11/92

Berlin

12. März 1992

59. Jahrgang

2. Ex.

Gefährdet die Lohnkostenentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland?

In jüngster Zeit mehren sich angesichts der verhaltenen Wirtschaftserwartungen die Stimmen, die von einer gravierenden Verschlechterung des Produktionsstandortes Westdeutschland sprechen. Dabei werden viele Aspekte angeführt. Vor allem wird im Zusammenhang mit den laufenden Lohnverhandlungen auf die hohen Löhne und Lohnnebenkosten sowie die kurzen Arbeitszeiten verwiesen. Eine differenzierte Betrachtung dieser Faktoren liefert jedoch keine Anhaltspunkte für eine negative Beurteilung der Standortqualität Westdeutschlands.

Mäßige Abschlüsse in den laufenden Lohnverhandlungen, so wird nicht selten behauptet, seien derzeit erforderlich, um den Standort Deutschland nicht zu gefährden. Für solche Lohnabschlüsse in Westdeutschland gibt es viele gute Argumente, die auf binnenwirtschaftlichen Überlegungen beruhen und insbesondere den Zusammenhang mit Lohnerhöhungen in Ostdeutschland und mit den notwendigen Transfers dorthin betonen.

Problematisch ist aber der Verweis auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit Westdeutschlands. Für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft von Bedeutung sind die relativen *Lohnstückkosten*. Die Lohnstückkosten werden gemessen durch den Quotient von Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und (realer) Bruttowertschöpfung; sie spiegeln also das Verhältnis von Bruttostundenlöhnen und -gehältern und Arbeitsproduktivität (auf Stundenbasis) wider, d. h. die Komponenten, die die Kosten des international relativ immobilen Produktionsfaktors Arbeit bestimmen.

Die Ausgangshypothese ist nun, daß den Volkswirtschaften, deren in nationaler Währung gemessene Lohnstückkosten langsamer steigen¹, als dies bei den Konkurrenten der Fall ist, hieraus Vorteile bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erwachsen. Dies gilt nur bei festen

Wechselkursen. Bei veränderlichen Kursen können diese Vorteile ausgeglichen oder sogar überkompensiert werden.

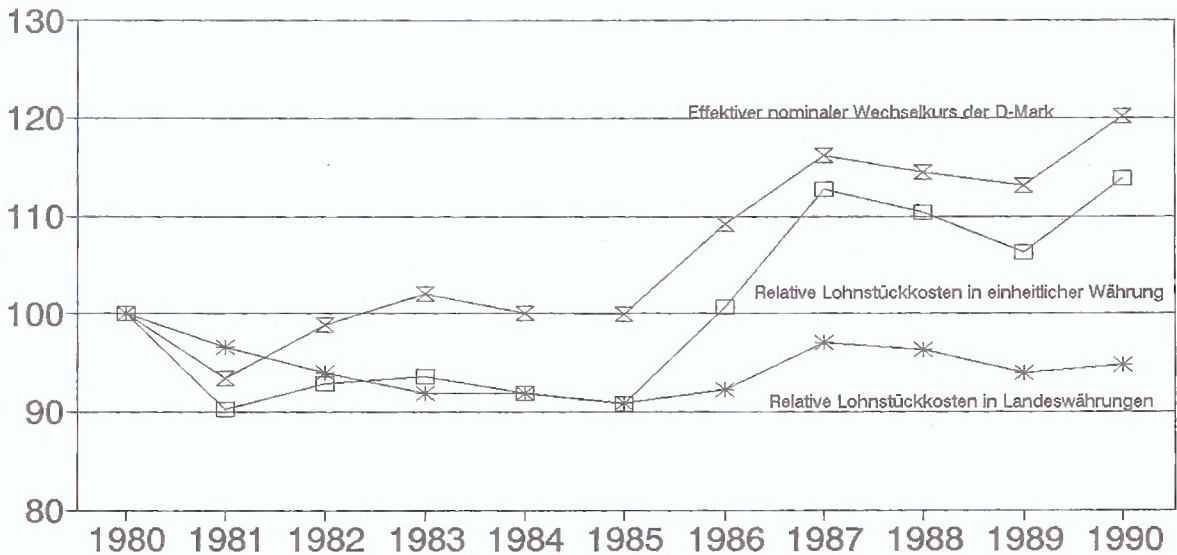
Ein Vergleich der Entwicklung der relativen Lohnstückkosten zwischen der Bundesrepublik und den wichtigsten Handelspartnern bei Gütern des verarbeitenden Gewebes² ergibt folgendes Bild (vgl. Schaubild):

- Die in *nationaler Währung gemessenen* Lohnstückkosten sind in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren weniger schnell gestiegen als in den meisten konkurrierenden Volkswirtschaften;
- gleichzeitig hat sich der *effektive Außenwert* der D-Mark, der mit dem Anteil der Konkurrenten auf den Auslandsmärkten der Bundesrepublik gewichtete Wechselkurs, deutlich erhöht;

¹ Gesamtwirtschaftliche Niveauvergleiche gelangen kaum zu schlüssigen Ergebnissen, da im Nenner von volkswirtschaftlichen Lohnstückkosten das reale Inlandsprodukt steht, welches aufgrund der nationalen Unterschiede in der Zusammensetzung nur bedingt international vergleichbar ist und durch Umrechnung auf eine gemeinsame Währung an Aussagekraft verliert.

² Diese Güter spielen für die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich die wichtigste Rolle.

1) Relative Lohnstückkosten der Bundesrepublik Deutschland und effektiver nominaler Wechselkurs der D-Mark 2)



1) Entwicklung der Lohnstückkosten für Güter des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland (nach dem Gebietsstand vor dem 3.10.1990) bezogen auf diejenige in den anderen OECD-Ländern, gewichtet entsprechend ihrem Anteil auf den Auslandsmärkten der Bundesrepublik 1987.- 2) Gegenüber den Währungen der anderen OECD-Länder, gewichtet entsprechend ihrem Anteil auf den Auslandsmärkten der Bundesrepublik 1987.

Quelle: Berechnungen des DIW nach Angaben der OECD.

— beide Entwicklungen zusammen führten seit Mitte der achtziger Jahre zu einer Erhöhung der relativen Lohnstückkosten der Bundesrepublik in *einheitlicher Währung*, also zu einer Aufwertung des sogenannten realen Wechselkurses.

Der Anstieg der so gemessenen relativen Lohnstückkosten vor allem in den Jahren 1986 und 1987 geht also auf die damalige Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar zurück und ist nicht etwa Ergebnis einer übermäßigen Erhöhung der Lohnstückkosten in der Bundesrepublik im Vergleich zu ihren Konkurrenten. Doch trotz der die nationalen Lohnstückkostendifferenzen übersteigenden Aufwertung der D-Mark sind die Exporte der deutschen Wirtschaft von dieser Entwicklung kaum beeinträchtigt worden. In den Jahren 1988 und 1989 erzielten die deutschen Unternehmen erhebliche Erfolge auf den Weltmärkten. So kam es zu deutlichen Terms-of-Trade-Gewinnen, die die Realeinkommen in der Bundesrepublik stärker steigen ließen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Die Wettbewerbsstärke der Bundesrepublik zeigte sich vor allem im Qualitätswettbewerb bei Investitionsgütern und damit in ihren grundlegenden Standortvorteilen.

Der empirische Befund zeigt, daß es keine langfristig angelegte Schwäche der deutschen Wirtschaft gibt.

Es ist auch nicht gerechtfertigt, aus dem etwas stärkeren Lohnstückkostenanstieg in der Bundesrepublik im Vergleich zu ihren Konkurrenten im vergangenen Jahr auf die Notwendigkeit einer fundamentalen Änderung der deutschen Lohnpolitik zu schließen. Das vergangene Jahr war dadurch gekennzeichnet, daß Westdeutschland sich vereinigungsbedingt noch in einer Phase der Hochkonjunktur befand — bei sinkender Arbeitslosigkeit und boomender Beschäftigung —, die meisten anderen Länder dagegen schon in die Phase der konjunkturellen Abschwächung eingetreten waren. In einer solchen Situation ist es normal, daß im Hochkonjunkturland die Löhne kräftiger steigen als bei den Handelspartnern, so daß sich auch die Lohnstückkostenrelation verschlechtern kann. Sobald sich die konjunkturelle Situation ändert, wird auch der Lohnkostendruck wieder abnehmen.

Erschwert wird allerdings die Rückkehr zum „Konsensprinzip“ in der Bundesrepublik durch die Lasten der deutschen Vereinigung und eine Finanzpolitik, die sich zum Ziel gesetzt hat, über direkte Steuerentlastung der Unter-

Arbeitskosten je vollbeschäftigtem Arbeitnehmer
Produzierendes Gewerbe¹⁾

	1981			1984			1988		
	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer
	in 1000 DM								
Personalnebenkosten	17,9	25,5	20,1	20,7	30,9	23,9	23,8	36,0	27,7
Sonderzahlungen ²⁾	3,3	5,6	4,0	3,8	6,6	4,6	4,3	7,7	5,4
Vergütung arbeitsfreier Tage ³⁾	6,0	8,0	6,6	6,5	8,9	7,3	7,5	10,4	8,4
Gesetzl. Lohn-/Gehaltsfortzahlg.	1,5	1,3	1,5	1,5	1,3	1,4	1,8	1,5	1,7
Aufwendungen f. Vorsorgeeinricht.	6,8	10,2	7,7	8,1	13,1	9,7	9,7	15,2	11,4
Arbeitgeberbeitr. z. Sozialvers.	5,8	6,9	6,1	6,8	8,4	7,3	8,0	10,2	8,7
Betriebliche Altersversorgung	1,0	3,3	1,6	1,3	4,7	2,4	1,7	5,0	2,7
Übrige Kosten ⁴⁾	1,8	1,7	1,8	2,3	2,3	2,3	2,3	2,7	2,5
Arbeitskosten insgesamt	40,8	61,2	46,7	46,3	71,4	54,0	52,7	82,1	62,1
	in vH der gesamten Arbeitskosten								
Sonderzahlungen	8,0	9,2	8,6	8,2	9,2	8,5	8,2	9,4	8,7
Vergütung arbeitsfreier Tage	14,7	13,0	14,1	14,0	12,5	13,5	14,2	12,7	13,5
Vorsorgeeinrichtungen	16,7	16,7	16,5	17,5	18,4	18,0	18,4	18,5	18,4
Übriges	4,4	2,8	3,9	5,0	3,2	4,3	4,4	3,3	4,0
Personalnebenkosten	43,8	41,7	43,1	44,7	43,3	44,3	45,2	43,9	44,6
Aufgrund gesetzl. Regelungen ⁵⁾	21,6	16,6	19,7	21,2	16,5	19,3	21,8	17,2	19,8

¹⁾ Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr. — ²⁾ 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, u. a. — ³⁾ Urlaubsvergütung, Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Vergütung gesetzl. Feiertage, u. a. — ⁴⁾ Entlassungsentschädigungen, Verpflegungszuschüsse, Ausbildungsvergütungen, u. a. — ⁵⁾ Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten; Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung; gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

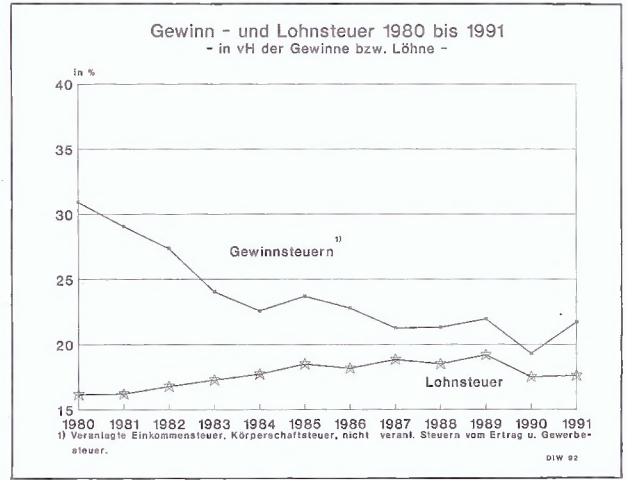
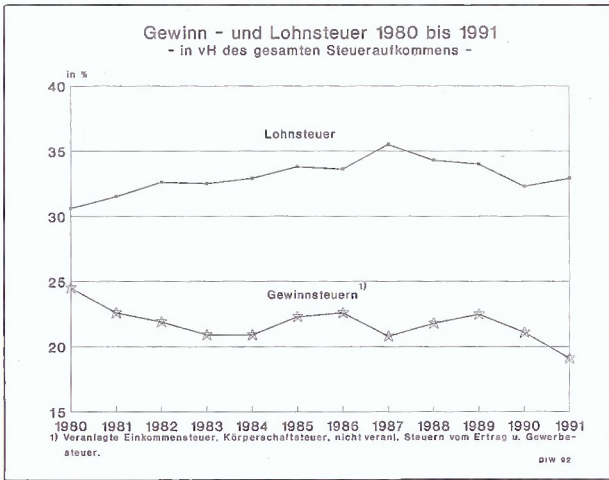
nehmen den Standort Bundesrepublik zu stärken. Die Lasten der deutschen Vereinigung müssen prinzipiell von allen Gruppen gemeinsam getragen werden; auch die Lohnpolitik muß hinnehmen, daß die realen Nettolöhne vorübergehend weniger stark steigen oder sogar sinken. Die Bereitschaft zur Solidarität darf aber nicht durch eine Politik unterlaufen werden, die die Lasten ungleich verteilt. Das Ziel, die Unternehmen zu entlasten, wird nicht erreicht, wenn dabei die Bereitschaft der Arbeitnehmer untergraben wird, ihren Teil der Last zu übernehmen. Der Staat wäre gut beraten, würde er sich vornehmlich darauf beschränken, für die schwächsten Gruppen in der Gesellschaft die Anpassung an die neuen Verhältnisse erträglich zu gestalten.

Äußerst fragwürdig sind in diesem Zusammenhang die Argumente „zu hoher“ Lohnnebenkosten und „zu kurzer“ Arbeitszeiten in der Bundesrepublik. Beide Elemente sind in den Lohnstückkosten bereits enthalten und bieten daher keine zusätzliche Begründung von Standortnachteilen. Die tendenziell steigenden *Personalnebenkosten* machen mittlerweile rund 45 vH der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aus (vgl. Tabelle). Sie enthalten auf gesetzlichen Bestimmungen basierende Bestandteile (rund 20 vH-Punkte) — vor allem Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung u. a.) — und andere, freiwillige Sozialleistungen der Betriebe (rund 25 vH-Punkte). Letztere sind das Er-

gebnis der in betrieblichen oder tariflichen Vereinbarungen zum Ausdruck kommenden Präferenzen für andere Bestandteile des Lohnes im Vergleich zum ausgezahlten Lohn. Teilweise handelt es sich dabei also um künstliche Unterscheidungen; z. B. werden das 13. Monatsgehalt und andere unregelmäßige Lohnzahlungen zu den Personalnebenkosten gerechnet.

Sicherlich sind die auf gesetzlichen Regelungen beruhenden Teile der Personalnebenkosten vor allem Ausdruck steigender Kosten der sozialen Sicherung und der Arbeitslosigkeit. Entscheidend ist, daß auch sie durch die Produktivitätssteigerung abgedeckt sind. Trotz steigender Gesundheitsstandards (aber auch steigender Umwelt- und Gesundheitsrisiken), dynamisierter Renten und steigender Arbeitslosigkeit sind die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik in der Vergangenheit langsamer gestiegen als in den meisten der mit ihr konkurrierenden Volkswirtschaften³. Für die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt es allerdings gute Gründe; sie hat zweifellos zur sozialen Stabilität und damit positiv zur Standortqualität der Bundesrepublik

³ Bei internationalen Vergleichen von Lohnbestandteilen ist überdies zu berücksichtigen, daß in manchen Ländern Teile der sozialen Sicherung nicht wie in der Bundesrepublik aus Beiträgen, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden.



beitragen. Zuletzt ist ein Anstieg der gesetzlichen Personalnebenkosten auch vereinigungsbedingt erfolgt und hat damit den erwähnten Anstieg der Lohnstückkosten im Jahre 1991 beeinflusst.

Die relativen Lohnstückkosten fangen auch den Aspekt kürzerer *Arbeitszeiten* bereits ein. Von Arbeitszeitverkürzungen — zusammen mit Lohnerhöhungen tariflich vereinbart — gehen Einflüsse auf die Tariflohnsteigerungen, die Produktion und Beschäftigung aus. Wie auch immer der Gesamteffekt ausfällt, er ist in den Lohnstückkosten enthalten. Es kommt also nicht auf die individuellen Arbeitszeiten, sondern auf die Entlohnung der Arbeitsstunde im Vergleich zum Ergebnis je Arbeitsstunde an.

Hinzu kommt, daß aufgrund der Tarifvereinbarungen in den achtziger Jahren zusammen mit Arbeitszeitverkürzungen auch der Spielraum für einen flexibleren Einsatz von Arbeit geschaffen wurde: Je nach Bedarf können die Unternehmen die Betriebs- und insbesondere die Maschinenlaufzeiten vom Trend kürzerer individueller Arbeitszeiten abkoppeln. Besonders die größeren Unternehmen haben mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ihre Maschinenlaufzeiten ausgedehnt und auch von daher ihre Kapitalrentabilität erhöht⁴. Von dieser Seite ist nicht zu erkennen, daß für den globalen Investor — mit Ausnahme der allseits weitgehend akzeptierten Einschränkungen von Sonntagsarbeit — Nachteile im Standort Deutschland gegenüber Konkurrenten aufgetreten sind.

Schließlich sollte nicht vergessen werden, daß die deutschen Unternehmen in den achtziger Jahren gute Gewinne gemacht haben. Die Kapitalrentabilität hat sich deutlich er-

höht. Nach Steuern ist die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne noch ausgeprägter. Dies wird deutlich an der Entwicklung des Anteils der Gewinnsteuern⁵, der am gesamten Steueraufkommen — nicht zuletzt aufgrund von Korrekturen bei der Unternehmensbesteuerung — in den achtziger Jahren zurückgegangen ist. Auch wenn man die Steuerbelastung⁶ auf die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezieht, ist sie in diesem Zeitraum deutlich zurückgegangen (vgl. Schaubilder). Es gibt keine überzeugenden Anhaltspunkte dafür, daß in dieser Hinsicht die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich ins Hintertreffen geraten sind. Entscheidend ist aber der soziale Grundkonsens. Wer ihn in Frage stellt, indem er bestimmte Gruppen immer wieder entlastet, andere aber belastet, gefährdet auf Dauer die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

⁴ Vgl. Zunehmende Entkoppelungsmöglichkeiten von Arbeits- und Betriebszeiten. Bearb.: Frank Stille. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/1991; vgl. auch H. Groß, F. Stille, C. Thoben (unter Mitarbeit von F. Bauer), in: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Arbeitszeiten und Betriebszeiten 1990. Ergebnisse einer Betriebsbefragung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln/Berlin 1991.

⁵ Neben der veranlagten Einkommensteuer, den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und der Körperschaftsteuer ist hier auch die Gewerbesteuer einbezogen worden.

⁶ Hierbei kommt es nicht so sehr auf das Niveau an, das durch Arbeitnehmer-Veranlagungen und Verluste aus Vermietung und Verpachtung, die bei der Einkommensteuer zu Buche schlagen, verzerrt wird.

Der private Verbrauch im vierten Quartal 1991

Westdeutschland:

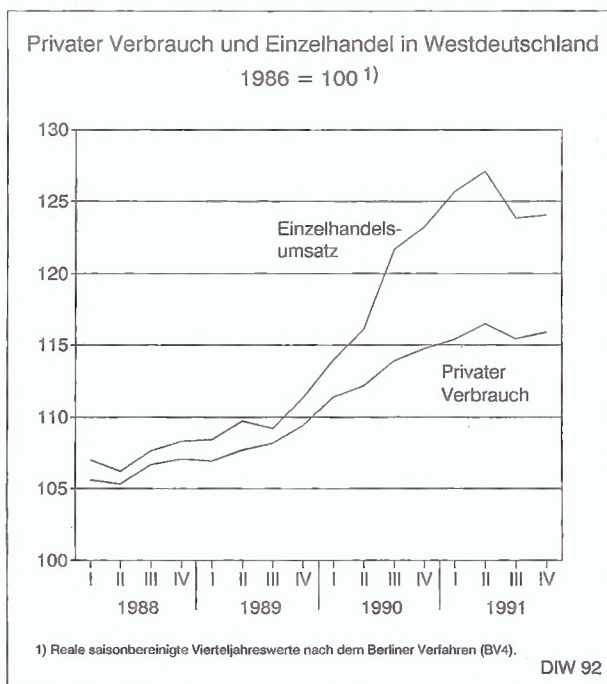
Gedämpfte Konsumneigung zum Jahresausklang¹

Die verhaltene Entwicklung der Konsumausgaben nach der Jahresmitte 1991 im Gefolge der Verbrauchsteuererhöhungen und des Solidaritätszuschlages zur Einkommensteuer hat sich im letzten Jahresviertel fortgesetzt. Bei einer Ausweitung der Verbrauchsausgaben um 1 vH — etwa der gleichen Rate wie im dritten Quartal — wurde das Niveau vom entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5 vH übertroffen. Dabei wurde der von der Expansion der verfügbaren Einkommen gegebene Spielraum für Mehrausgaben etwas überschritten; die Sparquote ging leicht zurück.

Der Preisauftrieb hat nach dem Sprung zur Jahresmitte wieder nachgelassen; der Abstand zum Vorjahr verkürzte sich auf 4 vH, ist damit aber weiter spürbar größer als noch im ersten Halbjahr 1991 (+2,9 vH). Zur Entspannung beigetragen hat vor allem der kräftige Preisrückgang beim Heizöl (−15 vH im Vorjahresvergleich), aber auch der große Angebotsdruck bei Gütern der Unterhaltungselektronik — hier liegen die Preise mittlerweile um 12½ vH unter dem Niveau von 1985 — bremste die Verteuerung der Lebenshaltung insgesamt. Einen schwächeren Anstieg der Lebenshaltungskosten verhinderte der anhaltende Preisauftrieb bei Wohnungsmieten; mit der Zunahme um 1,5 vH — eine ähnlich hohe Rate gab es zuletzt Anfang 1983 — erhöhte sich der Abstand zum Vorjahr auf 5 vH.

In realer Betrachtung — nach Ausschaltung der Preissteigerungen — ergibt sich eine leichte Zunahme der Nachfrage (½ vH), die aber den Rückgang im Quartal zuvor nicht wettmachen konnte. Die schwache Verbrauchskonjunktur spiegelt sich auch im Vorjahresvergleich, bei dem ebenso wie im dritten Quartal nur noch ein reales Plus von 1 vH zu Buche steht. Wegen der im ersten Halbjahr noch kräftigen Expansion (4 vH) ergibt sich für 1991 insgesamt ein Anstieg der realen Verbrauchsnachfrage um 2½ vH; verglichen mit dem Zuwachs im Jahr 1990 bedeutet dies eine Halbierung.

Die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes war im letzten Jahresviertel wiederum etwas schwächer als die der gesamten Konsumnachfrage. Bei etwa dem gleichen realen Absatz wie im dritten Quartal wurde das Vorjahresergebnis nur noch um ½ vH übertroffen. Die Jahresmitte 1991 markiert hier — mehr noch als beim privaten Verbrauch insgesamt — einen tiefen Einschnitt. Während in der ersten Jahreshälfte noch ein realer Anstieg von 10½ vH zu verzeichnen war, näherte sich die Entwicklung im zweiten Halbjahr der Stagnation (+1 vH). Dafür allein konjunkturelle Gründe anzuführen — wie in jüngster Zeit teilweise geschehen —, wäre allerdings zu einseitig, denn die Intensität der Käufe ostdeutscher Konsumenten beim west-



deutschen Einzelhandel hat inzwischen nachgelassen und verstärkt die konjunkturelle Abschwächung. Allerdings zehrt hier der Einzelhandel noch immer von diesen Käufen; die Schere, die sich Ende 1989 in der Entwicklung von Einzelhandelsumsatz und privatem Verbrauch geöffnet hatte², ist zwar seit Mitte letzten Jahres etwas kleiner geworden, doch ist immer noch ein beträchtlicher Abstand vorhanden (Schaubild).

Bedarfsbereiche³

Die labile Verbrauchskonjunktur zeigt sich besonders deutlich beim Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung*. Den spürbaren Nachfrageeinbußen im

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — vierteljährliche saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen.

² Die Käufe ostdeutscher privater Haushalte in Westdeutschland zählen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht zum privaten Verbrauch, sondern werden als Ausfuhr gebucht.

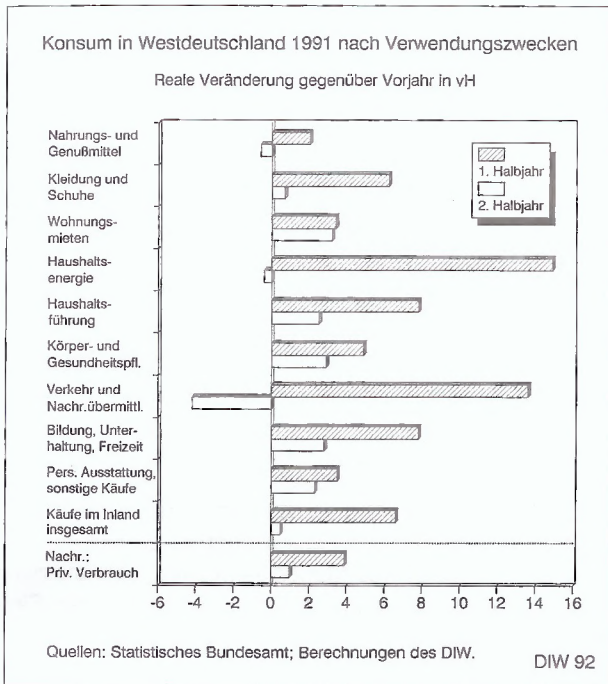
³ Die Ausgaben der privaten Haushalte in den einzelnen Bedarfsbereichen sind nach dem Inlandskonzept ausgewiesen. Dies bedeutet, daß hier — anders als beim privaten Verbrauch insgesamt — auch die Käufe ostdeutscher Verbraucher enthalten sind (siehe auch Fußnote 5 der Tabelle).

Der private Verbrauch in Westdeutschland 1991

Verwendungszwecke	Jahr ⁷⁾	Ursprungswerte						Saisonbereinigte Werte ⁸⁾			
		1.Hj.	2.Hj.7)	I	II	III	IV ⁷⁾	I	II	III	IV ⁷⁾
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	282,12	135,00	147,12	65,55	69,45	71,72	75,40	69,8	70,1	71,0	71,4
Kleidung, Schuhe	108,09	50,05	58,04	24,75	25,30	25,04	33,00	26,8	26,9	26,9	27,6
Wohnungsmieten ²⁾	228,08	111,78	116,30	55,32	56,46	57,58	58,72	55,3	56,4	57,6	58,8
Haushaltsenergie ³⁾	56,43	31,73	24,70	18,54	13,19	8,86	15,84	14,7	14,5	13,0	14,3
Haushaltsführung	126,47	59,57	66,90	28,84	30,73	30,24	36,66	30,9	31,8	31,8	32,1
Gesundheits- und Körperpflege	79,68	38,33	41,35	18,79	19,54	19,71	21,64	19,2	19,7	20,2	20,6
Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	241,00	124,48	116,52	57,70	66,78	59,25	57,27	59,3	63,2	59,9	58,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	138,83	66,47	72,36	32,91	33,56	33,35	39,01	34,1	34,8	34,8	35,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	99,24	47,15	52,09	22,74	24,41	25,77	26,32	24,1	24,5	25,1	25,5
Privater Verbrauch ⁵⁾	1 379,20	668,95	710,25	326,50	342,45	340,95	369,30	336,8	343,9	347,2	351,2
Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	3,3	4,1	2,6	5,1	3,2	2,6	2,6	0,5	0,4	1,3	0,5
Kleidung, Schuhe	5,7	8,7	3,3	10,1	7,3	2,5	3,9	1,2	0,6	-0,2	2,6
Wohnungsmieten ²⁾	7,7	7,3	8,1	7,1	7,5	7,8	8,3	1,9	2,0	2,0	2,1
Haushaltsenergie ³⁾	11,1	19,3	2,1	19,1	19,6	-4,7	6,4	10,3	-1,8	-10,2	9,9
Haushaltsführung	8,1	10,7	5,9	9,7	11,7	7,0	4,9	1,6	3,1	-0,1	1,0
Gesundheits- und Körperpflege	7,3	7,7	7,0	7,7	7,7	7,5	6,5	-1,0	2,7	2,4	2,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	10,8	19,1	3,1	15,1	22,8	6,3	-0,1	1,3	6,4	-5,1	-2,2
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	6,7	9,2	4,5	8,8	9,6	5,2	3,9	1,2	2,2	-0,2	1,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	7,6	7,9	7,3	8,4	7,5	7,4	7,2	1,1	2,0	2,4	1,6
Privater Verbrauch ⁵⁾	6,2	6,9	5,4	6,5	7,4	5,9	5,0	0,9	2,1	0,9	1,2
Mrd. DM zu Preisen von 1985											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	260,84	125,75	135,09	61,25	64,50	66,05	69,04	65,6	65,2	65,2	64,9
Kleidung, Schuhe	98,33	45,79	52,54	22,62	23,17	22,86	29,68	24,6	24,6	24,4	24,7
Wohnungsmieten ²⁾	193,49	96,08	97,41	47,90	48,18	48,56	48,85	47,9	48,2	48,6	48,9
Haushaltsenergie ³⁾	62,70	35,46	27,24	20,03	15,43	10,10	17,14	16,4	16,3	14,2	15,8
Haushaltsführung	113,86	54,04	59,82	26,26	27,78	27,19	32,63	28,2	28,8	28,5	28,4
Gesundheits- und Körperpflege	69,93	33,97	35,96	16,71	17,26	17,23	18,73	17,1	17,4	17,6	17,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	214,71	113,61	101,10	53,07	60,54	51,47	49,63	54,6	56,9	52,2	51,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	130,85	62,58	68,27	30,96	31,62	31,43	36,84	32,4	32,9	32,6	32,9
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	83,17	40,02	43,15	19,37	20,65	21,53	21,62	20,6	20,7	20,9	21,0
Privater Verbrauch ⁵⁾	1 240,72	609,93	630,79	299,02	310,91	302,95	327,84	309,1	312,0	309,2	310,5
Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	0,6	2,0	-0,6	3,2	0,8	-0,5	-0,8	0,2	-0,6	0,0	-0,5
Kleidung, Schuhe	3,2	6,2	0,7	7,7	4,8	0,1	1,2	0,7	0,1	-0,9	1,2
Wohnungsmieten ²⁾	3,3	3,4	3,2	3,5	3,3	3,3	3,1	1,0	0,7	0,8	0,7
Haushaltsenergie ³⁾	7,7	14,9	-0,4	13,9	16,1	-10,4	6,6	10,8	-0,7	-12,7	11,5
Haushaltsführung	4,9	7,8	2,5	7,1	8,5	3,7	1,5	1,1	2,1	-0,9	-0,4
Gesundheits- und Körperpflege	3,8	4,9	2,9	5,3	4,5	3,4	2,3	-1,8	1,7	1,2	1,0
Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	4,5	13,6	-4,2	10,7	16,2	-2,3	-6,0	1,1	4,2	-8,2	-2,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	5,1	7,8	2,8	7,8	7,9	3,0	2,5	1,1	1,5	-0,8	0,9
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	2,9	3,5	2,3	4,2	2,9	2,4	2,2	0,2	0,7	1,0	0,3
Privater Verbrauch ⁵⁾	2,4	3,9	1,0	3,8	4,1	1,1	1,0	0,5	0,9	-0,9	0,4
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,7	2,1	3,3	1,9	2,3	3,1	3,5	0,4	0,9	1,2	0,8
Kleidung, Schuhe	2,4	2,3	2,6	2,3	2,3	2,5	2,7	0,7	0,5	0,6	0,8
Wohnungsmieten ²⁾	4,2	3,7	4,7	3,4	4,0	4,3	5,0	0,9	1,3	1,2	1,5
Haushaltsenergie ³⁾	3,3	3,8	2,9	4,5	3,0	6,3	-0,2	-0,7	0,0	3,1	-2,6
Haushaltsführung	3,0	2,7	3,3	2,4	3,0	3,2	3,3	0,7	1,0	0,9	0,8
Gesundheits- und Körperpflege	3,3	2,6	4,0	2,3	3,0	4,0	4,1	0,8	1,1	1,3	0,9
Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	6,2	4,8	7,5	4,0	5,6	8,8	6,3	0,2	2,1	3,5	0,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,5	1,2	1,7	0,9	1,6	2,1	1,3	0,1	0,7	0,6	-0,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	4,6	4,2	4,9	4,0	4,5	4,9	4,9	0,9	1,2	1,3	1,3
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,6	2,9	4,4	2,6	3,1	4,7	4,0	0,4	1,1	1,9	0,5

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ²⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — ³⁾ Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — ⁴⁾ Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — ⁵⁾ Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland, zu dem auch die Käufe von ostdeutschen privaten Haushalten gerechnet werden. — ⁶⁾ Auf der Basis 1985 = 100. Preisentwicklung nach VGR. — ⁷⁾ Vorläufige Berechnung des DIW. — ⁸⁾ Nach dem Berliner Verfahren (BV4). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.



dritten Quartal (real -8 vH) folgte nun ein weiterer Rückgang um $2\frac{1}{2}$ vH. Geprägt wurde diese Entwicklung durch den jähen Einbruch bei der Nachfrage nach Personenkraftwagen mit dem Auslaufen von steuerlichen Vergünstigungen beim Kauf schadstoffarmer Autos Ende Juli. Schon im dritten Jahresviertel war eine erhebliche Abnahme der Pkw-Neuzulassungen zu beobachten, die sich im Berichtszeitraum verstärkt fortsetzte (-17 vH). Der in fast allen Bereichen zu registrierende Einschnitt im Nachfrageverlauf Mitte 1991 fällt bei diesem Verwendungszweck besonders kraß aus: einem realen Plus von $13\frac{1}{2}$ vH in der ersten Jahreshälfte steht hier ein Minus von gut 4 vH in der zweiten gegenüber (Schaubild).

Schwächetendenzen waren auch bei *Nahrungs- und Genußmitteln* — dem mit einem Anteil von gut einem Fünftel gewichtigsten Verwendungszweck des privaten Verbrauchs — auszumachen. Die schon seit dem letzten Frühjahr anhaltende Abflachung der Nachfrage führte im Jahresendquartal zu einem realen Rückgang von $\frac{1}{2}$ vH, womit das Niveau vom Vorjahr um knapp 1 vH verfehlt wurde.

Ähnlich war die Entwicklung bei Gütern der *Haushaltsführung*; die schon im dritten Jahresviertel zu beobachtende Abwärtsbewegung der realen Nachfrage setzte sich in vermindertem Tempo fort. Wegen der stark expansiven Entwicklung im ersten Halbjahr errechnet sich aber gegenüber dem letzten Jahresviertel 1990 noch ein Zuwachs von $1\frac{1}{2}$ vH. Die Nachfrageabkühlung geht hier in erster Linie auf den gedrosselten Möbelabsatz zurück (real -2 vH). Da erfahrungsgemäß zwei Drittel dieser Nachfrage auf Ersatz- und Ergänzungsbedarf entfallen, dessen Deckung hinausgeschoben werden kann, macht sich in dieser

Branche eine konjunkturelle Abschwächung überdurchschnittlich stark bemerkbar.

Zu den Nachfrageaggregaten, die im Jahresendquartal stärker als der private Verbrauch insgesamt expandierten, zählte der Verwendungszweck *Kleidung und Schuhe*; mit einem Zuwachs von reichlich 1 vH wurde der reale Rückgang im Quartal zuvor mehr als ausgeglichen. Nur wenig schwächer erhöhten sich die realen Ausgaben für *Körper- und Gesundheitspflege* sowie für *Bildung, Unterhaltung, Freizeit*. In letzterem Bereich ist vor allem die rege Nachfrage nach Spielwaren hervorzuheben ($+5\frac{1}{2}$ vH); zu diesem Ergebnis hat wesentlich der Boom bei Videospielen beigetragen.

Auffallend kräftig stiegen im Berichtsquartal die Ausgaben für *Haushaltsenergie*, die den entsprechenden Wert vom Vorquartal um 10 vH übertrafen; wegen der gesunkenen Heizölpreise fiel die reale Ausweitung noch deutlicher aus ($11\frac{1}{2}$ vH). Allerdings ist dieses Ergebnis vor dem Hintergrund der etwa gleich großen Einbußen im dritten Jahresviertel — nach der Verbrauchsteuererhöhung zur Jahresmitte — zu sehen. Die dann wieder günstigere Marktsituation nutzten die Verbraucher zu einer kräftigen Aufstockung ihrer Ölvorräte, wie die im Vergleich zum Vorjahr um gut ein Viertel höhere reale Mehrnachfrage verdeutlicht.

Die von konjunkturellen Schwankungen nur wenig tangierten *Mietausgaben* expandierten wie schon in den Quartalen zuvor mit einer Rate von 2 vH; damit vergrößerte sich der Abstand zum Vorjahr auf mehr als 8 vH, wovon der größere Teil auf die Preiskomponente (Mietsteigerungen) entfiel.

Ausblick

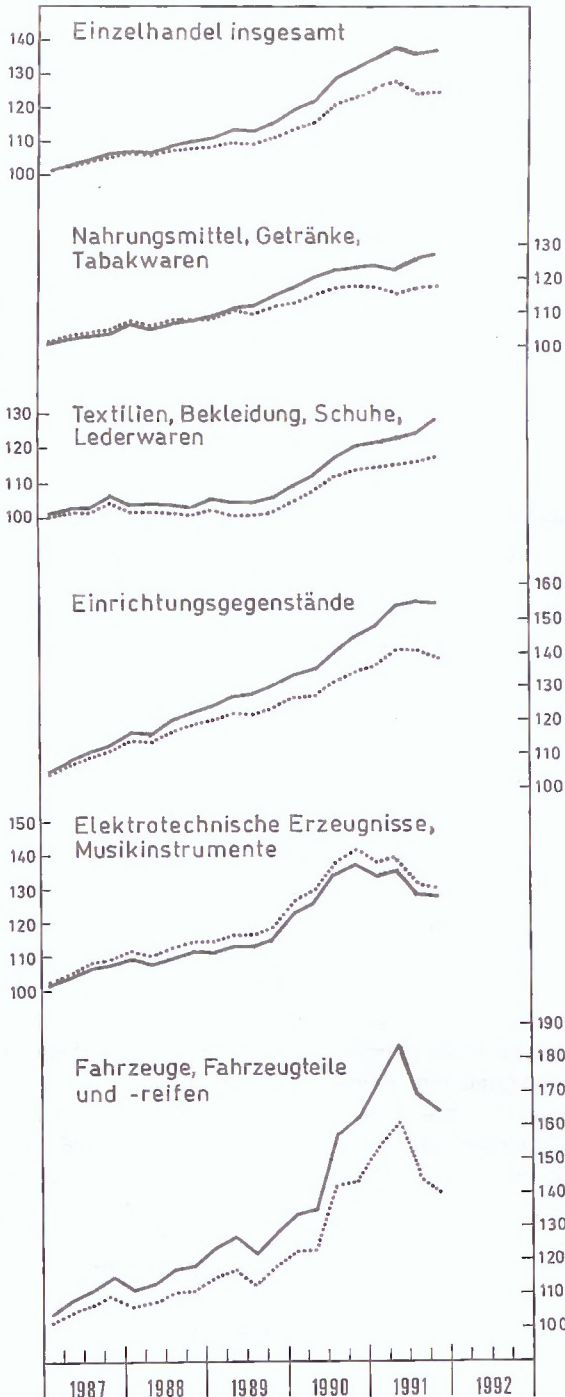
Bei der Verbrauchskonjunktur ist zunächst nicht mit einer durchgreifenden Belebung zu rechnen. Schon von der Einkommensentwicklung her — für die Realeinkommen ist eine nennenswerte Zunahme nicht zu erwarten — fehlen dafür die Voraussetzungen. Auch das stimmungsmäßige Umfeld — gemessen an der Entwicklung des Konsumklima-Index⁴ — weist eher auf eine labile Konsumneigung hin. Während die Verbraucher die eigene finanzielle Lage zuletzt wieder günstiger einschätzten, waren sie hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung skeptischer als zuvor. Die derzeitigen schwierigen Tarifverhandlungen dürften die Verbraucherstimmung kaum verbessern. Ähnlich verhalten ist das Geschäftsklima im Einzelhandel. In den Geschäftserwartungen der Unternehmen für das nächste halbe Jahr kommt nur noch gedämpfter Optimismus zum Ausdruck.

⁴ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

UMSÄTZE IM WESTDEUTSCHEN EINZELHANDEL 1986 = 100

Saisonbereinigte Vierteljahreswerte ¹⁾

— zu jeweiligen Preisen
..... zu Preisen von 1980



¹⁾ Berliner Verfahren (BV4).

DIW 92

Insofern dürften im ersten Viertel dieses Jahres größere Nachfrageimpulse ausbleiben. Umgekehrt ist aber auch nicht mit einer weiteren Abkühlung zu rechnen. Derzeit erscheint eine leichte Zunahme des realen privaten Verbrauchs als wahrscheinlich.

Ostdeutschland: Starker Anstieg der Mietausgaben

Die Situation in Ostdeutschland ist nach wie vor durch sprunghafte Veränderungen auch im Bereich des privaten Verbrauchs gekennzeichnet. Der Vorjahresvergleich auf der Basis der nominalen Rechnung zeigt in einzelnen Aggregaten starke Bewegungen, in denen die rasche Heranführung des ostdeutschen Lohnniveaus an das westdeutsche, die zunehmende Arbeitslosigkeit wie auch die Anpassung der zum Teil noch unterschiedlichen Preisverhältnisse zum Ausdruck kommen. So war das verfügbare Einkommen im letzten Viertel des vergangenen Jahres um mehr als zwei Fünftel höher als im Jahr zuvor. In dieser erheblichen Einkommensexpansion schlugen sich einmal die kräftigen Tarifanhebungen nieder, wie der Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme um fast 30 vH deutlich macht, mehr aber noch die überaus starke Zunahme der Transferleistungen; hier war — gemessen am Saldo der laufenden Übertragungen — ein Zuwachs von 50 vH zu verzeichnen, zurückzuführen in erster Linie auf den starken Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die zunehmende Bedeutung dieser Einkommenskomponente zeigt der im letzten Jahr merklich gestiegene Anteil am verfügbaren Einkommen (34 vH im Jahresdurchschnitt 1991 gegenüber 23½ vH 1990).

Die Ausgaben für den privaten Verbrauch expandierten im Vorjahresvergleich mit knapp 30 vH deutlich schwächer als die Einkommen; ein wesentlicher Teil des Einkommenszuwachses ist also in die Ersparnisse geflossen. In der großen Diskrepanz zwischen Einkommens- und Verbrauchszunahme spiegelt sich die Abkehr vom Verbraucherverhalten im letzten Quartal 1990, als im Zuge des immensen Nachholbedarfs der durch die verfügbaren Einkommen gesteckte Ausgabenspielraum überschritten und auf Ersparnisse zurückgegriffen wurde. Die neuere Entwicklung bedeutet die Rückkehr zu einer „normalen“ Aufteilung des Einkommens in Konsum und Sparen. Indes ist die Sparquote von rund 8 vH im letzten Jahresviertel saisonal überhöht; diese Quote wird wohl erst im Jahresdurchschnitt 1992 erreicht werden, doch würde sie damit noch deutlich niedriger sein als in Westdeutschland (Jahresdurchschnitt 1991 knapp 14 vH).

Die hohen Preissteigerungen im Jahresendquartal — der Preisindex des privaten Verbrauchs war um fast ein Viertel höher als im Vorjahr — ließen die reale Konsumausweitung erheblich geringer ausfallen (4½ vH). Der stark beschleunigte Preisauftrieb ist insbesondere das Ergebnis der Neufestsetzung der Wohnungsmieten zum 1. Oktober sowie der Umlagen für Heizung und Warmwasser, die sich

Einkommen und Verbrauch in Ostdeutschland im 4. Quartal 1991
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Zu jeweiligen Preisen	Zu konstanten Preisen ¹⁾	Preisentwicklung ¹⁾
Verfügbares Einkommen	43,0	.	.
darunter: Nettolohn- und -gehaltsumme	29,5	.	.
Laufende Übertragungen (Saldo)	50,0	.	.
Privater Verbrauch	28,5	4,5	23,0
Nahrungs- und Genußmittel	7,0	1,5	6,0
Wohnungsmieten und Energie	270,0	-5,0	289,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	32,0	22,0	8,0
Übrige Verwendungszwecke	9,0	2,0	7,0
1) Preisbasis 2. Halbjahr 1990 / 1. Halbjahr 1991 = 100. Quelle:n Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.			

bei *Mieten und Haushaltsenergie* in einer Verteuerung um beinahe 300 vH (Vorjahrsvergleich) niederschlägt. Bei der realen Entwicklung des Verbrauchs spielte die noch immer kräftige Pkw-Nachfrage die dominierende Rolle; für den Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* errechnet sich ein um reichlich 20 vH höheres Nachfragevolumen als im Vorjahr. Allein drei Viertel des gesamten Konsumzuwachses in Ostdeutschland im letzten Jahresviertel entfielen auf diesen Bereich.

Der Preisindex der Lebenshaltung wurde vom Statistischen Bundesamt jetzt zum ersten Mal auf der Basis einer Verbrauchsstruktur errechnet, die die Konsumgewohnheiten nach der Einführung der Währungsunion berücksichtigt; dabei wurde die durchschnittliche Struktur im zweiten Halbjahr 1990 und dem ersten Halbjahr 1991 zugrunde gelegt. Der Vergleich mit der alten Rechnung — hier waren noch die Verbrauchsverhältnisse im Jahre 1989 der Ausgangspunkt — zeigt zwei augenfällige Unterschiede, einmal das weit geringere Gewicht von Nahrungs- und Genußmitteln (Anteilsrückgang von knapp 39 auf 30 vH) und zum andern die erheblich stärkere Berücksichtigung der Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Steigerung von 12½ auf rund 23 vH). Auch innerhalb der einzelnen Verwendungszwecke hat sich die Güterstruktur stark verändert.

Aus den neuen Gewichtungen resultiert ein flacherer Preisanstieg. Während sich der Preisindex der Lebenshaltung für alle Arbeitnehmerhaushalte in der zweiten Jahreshälfte 1991 nach der alten Rechnung noch um etwa 22 vH erhöhte, sind es nunmehr 17½vH. Die stärkste Korrektur nach unten — Anstieg von 11 vH nach zuvor knapp 23 vH — gab es im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung; auch bei Bildung, Unterhaltung, Freizeit führte die neue Gewichtung zu einer merklichen Reduzierung der Verteuerung (von 19 auf 12½ vH).

Der große Einfluß der Gütergewichtung bei der Berechnung der durchschnittlichen Preisentwicklung weist zugleich auf die Problematik der Ermittlung von Kaufkraftveränderungen hin. Da ein durchschnittlicher Warenkorb die tatsächlichen Verbrauchsverhältnisse eines Haushalts häufig nicht exakt widerspiegelt, kann sich dessen Kaufkraft auch ganz anders als im Durchschnitt verändern, zumal in einer Zeit, in der das Preissystem noch stark in Bewegung ist. So ist der neue Warenkorb schon zu seiner Einführung nicht mehr aktuell, da die spürbare Erhöhung der Wohnungsmieten zum 1. Oktober 1991 hier noch keine Berücksichtigung finden konnte und diese Ausgabenkategorie insofern nach heutigen Maßstäben unterrepräsentiert ist.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 60. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2-3/1990. 154 S. DM 89,60

Das Sozio-ökonomische Panel für die Bundesrepublik Deutschland nach fünf Wellen. Von der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“.

Die DDR-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels — Konzept und Durchführung der „Basiserhebung 1990“ in der DDR. Von *Jürgen Schupp* und *Gert Wagner*.

Sektorale Effekte von Wechselkursänderungen — Eine Analyse anhand eines disaggregierten ökonomischen Modells. Von *Gustav A. Horn*.

Veränderte Rahmenbedingungen für die Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Erika Schulz*.

Neue Technologien und regionale Beschäftigungsstrukturen. Von *Martin Gornig*.

Input-Output-Relationen für Nordrhein-Westfalen als Grundlage eines Strukturvergleichs mit der Bundesrepublik. Von *Reiner Stäglich* unter Mitarbeit von *Ingrid Ludwig* und *Joachim Schintke*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen. II. Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen.

Heft 4/1990. 126 S. DM 79,60

Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland (ohne neue Bundesländer) seit 1970 nach Einkommensarten und nach Haushaltsgruppen. Von *Klaus-Dietrich Bedau*.

Die Konsumnachfrage im Konjunkturverlauf unter dem Aspekt der Dauerhaftigkeit der Güter — *Aufbau einer Datenbasis*. Von *Jochen Schmidt*.

Consumption matrices in the German Democratic Republic and in the Federal Republic of Germany — a Contribution to Inter-country Input-Output Analysis. By *Edith Biebler* and *Jochen Schmidt*.

Zur witterungs- und arbeitstäglichen Bereinigung des Bauvolumens. Von *Jochen A. Hübener*.

Fachhochschulen im Hochschulsystem der Bundesrepublik Deutschland — *Analyse und Vergleich von Studium, Ausgaben und Personal*. Von *Wolfgang Jeschek*.

Intersystem Comparison between the Federal Republic of Germany and Hungary on the Basis of SNA Type and MPS Type Input-Output Tables. By *György Boda* and *Reiner Stäglich*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 1-2/1991. 114 S. DM 79,60.

Kommunale Finanzen in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Dieter Vesper*.

Wirkungen des Einsatzes von Telekommunikationstechniken auf Unternehmensorganisation und Wettbewerbsstrategien — *Forschungsergebnisse und Forschungsfragen*. Von *Brigitte Preißl*.

Die Arbeitsmarkterwartungen in der DDR kurz vor der Währungsunion. Von *Michael Lechner*, *Friedhelm Pfeiffer* und *Gert Wagner*.

Eine konsistente Haushalts- und Personengewichtung für die DDR-Basisbefragung des SOEP und für die Ost-Pilotstudie des Wohlfahrtssurveys. Von *Rainer Pischner*.

Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungsbereichs in ostdeutschen Städten — *Das Beispiel Brandenburg*. Von *Martin Gornig*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dieter Teichmann.

Gefährdet die Lohnkostenentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland? Bearbeitet von Dieter Schumacher und Frank Stille. — *Der private Verbrauch im vierten Quartal 1991*. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot GmbH, —

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾												
					Insgesamt		dav.: Hauptgruppen				Inland		Ausland				
	Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitionsgütergewerbe				Verbrauchsgütergewerbe										
	in 1000				1985 = 100												
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1990	J	1980		307		117,4		111,1		120,8		117,2		117,4		117,5	
	F	1957	1960	311	310	118,9	118,5	111,3	111,9	122,7	122,0	119,2	118,3	118,4	117,5	119,6	120,1
	M	1943		313		119,1		113,2		122,5		118,4		116,6		123,2	
	A	1946		318		118,9		112,7		122,6		117,8		119,2		118,5	
	M	1922	1934	321	321	121,0	120,0	111,0	111,7	126,5	124,5	120,4	119,7	123,7	121,7	116,7	117,2
	J	1935		324		120,1		111,4		124,5		121,0		122,3		116,5	
	J	1907		325		122,6		113,4		126,9		124,6		125,8		117,5	
	A	1870	1868	319	318	125,2	124,9	114,4	115,5	130,5	129,4	126,2	126,5	131,8	129,6	114,3	117,3
	S	1826		309		127,0		118,6		130,9		128,7		131,3		120,0	
	O	1786		306		129,2		118,7		134,2		130,8		135,6		118,9	
	N	1732	1743	306	308	125,3	125,6	116,1	116,8	128,8	128,6	129,5	130,9	135,2	134,0	109,1	111,9
	D	1712		311		122,4		115,7		122,7		132,5		131,3		107,6	
1991	J	1662		321		128,1		118,3		132,7		129,6		136,5		114,3	
	F	1671	1664	323	327	123,6	124,9	115,2	115,4	126,2	128,5	129,5	129,2	133,0	134,3	108,5	109,6
	M	1659		336		122,9		112,7		126,5		128,6		133,3		105,9	
	A	1682		343		120,8		113,6		123,0		125,5		130,1		105,3	
	M	1703	1695	345	345	123,1	122,6	115,1	114,2	126,6	125,7	126,0	127,0	131,4	131,1	109,7	108,7
	J	1699		347		123,9		113,8		127,5		129,6		131,8		111,0	
	J	1712		343		122,6		116,0		123,9		129,3		127,8		113,9	
	A	1731	1720	346	341	122,4	122,3	114,4	114,2	125,6	125,2	126,5	126,9	128,6	128,5	112,6	112,2
	S	1718		334		121,9		112,3		126,0		124,8		129,0		110,2	
	O	1710		321		122,9		115,8		126,2		124,8		130,0		111,5	
	N	1677	1683	314	317	123,4	121,7	116,5	115,0	126,3	124,3	125,9	124,8	132,9	129,6	107,8	108,8
	D	1664		317		118,7		112,8		120,3		123,8		125,9		107,2	
1992	J	1662		331		122,9		113,3		126,9		126,2		131,4		109,1	
	F	1661		347													
	M																
	A																
	M																
	J																
	J																
	A																
	S																
	O																
	N																
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾									Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
		Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe		Ausfuhr	Einfuhr						
			Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe											
		in 1000		1985 = 100									1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾	
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990 J	7327		115,8		109,8		121,1		119,5		113,0		46,5		41,4	
F	7345	7343	116,6	116,6	111,4	110,4	121,6	121,8	131,7	125,4	114,6	114,3	45,6	46,1	41,8	41,9
M	7356		117,5		110,1		122,6		125,0		115,4		46,3		42,5	
A	7371		115,4		111,1		118,9		120,9		115,8		45,6		44,1	
M	7384	7383	119,1	117,5	109,4	110,6	124,8	122,0	124,3	120,7	118,8	116,5	45,1	44,1	41,9	43,0
J	7393		118,1		111,3		122,2		116,9		114,9		41,6		43,1	
J	7419		119,8		110,1		124,9		125,2		122,7		45,2		44,5	
A	7434	7428	119,0	120,0	110,6	111,4	122,3	124,0	120,3	122,9	122,8	121,5	45,6	45,2	45,7	45,3
S	7432		121,3		113,5		124,8		123,2		118,9		44,8		45,7	
O	7470		122,2		111,9		125,9		127,5		124,5		46,7		45,9	
N	7483	7483	122,4	122,6	113,1	112,7	125,5	126,5	126,2	125,5	123,7	122,8	46,4	45,8	50,9	48,5
D	7495		123,3		113,1		128,1		122,7		120,3		44,3		48,8	
1991 J	7524		123,3		113,6		127,0		124,0		127,7		45,9		51,9	
F	7532	7529	123,1	123,1	111,3	112,9	127,3	126,9	103,2	118,6	124,9	126,3	45,3	45,5	49,9	50,8
M	7530		122,9		113,7		126,3		128,7		126,4		45,4		50,7	
A	7537		123,2		112,4		126,9		132,7		128,4		43,7		49,5	
M	7530	7529	123,7	124,3	113,9	113,8	127,2	128,2	126,9	129,1	126,3	127,2	46,3	44,3	53,4	50,9
J	7520		126,0		115,1		130,5		127,6		126,8		43,1		49,8	
J	7525		124,0		111,8		128,1		129,8		130,4		46,9		50,7	
A	7501	7508	120,7	122,4	110,4	111,7	124,8	126,4	121,7	127,2	121,5	123,7	46,8	46,6	49,1	50,1
S	7500		122,5		112,8		126,4		130,2		119,3		46,2		50,5	
O	7490		122,5		113,4		126,5		130,7		127,2		46,1		50,3	
N	7486	7486	123,5	121,7	114,7	111,8	127,8	126,0	131,0	129,6	123,2	123,5	48,5	47,4	51,7	50,7
D	7482		119,1		107,3		123,7		127,1		120,2		47,5		50,2	
1992 J			123,2		111,4		128,6		123,4							
F																
M																
A																
M																
J																
J																
A																
S																
O																
N																
D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.